

Dringliche Motion Fraktion SP/JUSO (Johannes Wartenweiler/Katharina Altas, SP): Corona-Solidaritätsfonds – Hilfe für das städtische Mikrogewerbe

Die Coronakrise hat die Welt voll erfasst. Seit zwei Monaten sind weite Teile des öffentlichen und privaten Lebens stillgelegt oder schwer beeinträchtigt. Der wirtschaftliche Einbruch ist beträchtlich. Man rechnet damit, dass das BIP in der Schweiz um bis zu sieben Prozent sinken könnte. Auf die Stadt Bern umgerechnet (BIP von mindestens zehn Milliarden Franken) bedeutet dies Einbussen von bis zu 700 Millionen Franken.

Mit einem ausserordentlichen Effort versuchen Bund und Kanton die wirtschaftlichen Folgen dieser Krise abzufedern. Kurzarbeitsentschädigungen für Arbeitnehmende, Liquiditätshilfen für Unternehmen, Zugang zur Erwerbsersatzordnung für Selbstständige etc. Das Instrumentarium ist beeindruckend und mag tatsächlich wirken, aber es kann nicht jedes Problem lösen, weil nicht jedes Problem in die eng gefassten Raster passt.

Für Einzelhilfe gibt es bereits verschiedene Gefässe – insbesondere die Sozialhilfe. Es stehen aber auch Mittel der Glückskette und anderer karitativer Organisationen zur Verfügung. Auch für Institutionen wie Kitas stehen besondere Unterstützungsmittel bereit. Ob diese reichen und inwieweit sich die Stadt auch noch beteiligen muss, ist zurzeit offen. Es stellt sich auch die Frage, mit welchen Mitteln die Stadt ergänzend unterstützen kann.

Besonders empfindlich getroffen werden Selbstständige und Mikrounternehmen, die sich in normalen Zeiten gut über Wasser halten können, aber keine oder nur kleine Reserven haben und durch den Wegfall eines wichtigen Teils des Umsatzes die Existenzgrundlage entzogen wird. Im schlimmsten Fall drohen Konkurse, Arbeitslosigkeit und der Gang zur Sozialhilfe – und ein Loch beim lokalen Kleingewerbe der Stadt Bern, verbunden mit dem Verlust von zahlreichen Arbeitsplätzen. Mit einer Geschäftsaufgabe sind zudem existenzielle Ängste verbunden. In der Stadt Bern fallen mehr als 10 500 Unternehmen mit rund 22 000 Beschäftigten unter die Kategorie Mikrounternehmen mit ein bis neun Beschäftigten (Statistik der Unternehmerstruktur 2017; Hrsg. vom Statistikamt der Stadt Bern).

Für diese Betriebe sind Liquiditätshilfen des Bundes oft ein zweischneidiges Schwert, weil sie schnelle Liquidität um den Preis langfristiger Verschuldung erhalten. Das ist für viele dieser Kleinbetriebe kein sinnvolles Angebot. Gleichzeitig ist ihre ausserordentliche Belastung in absoluten Zahlen nicht so gross, dass sie sich nicht mit einmaligen Beiträgen in der Grössenordnung von 5 000 bis 25 000 Franken beseitigen oder abfedern lässt.

An dieser Stelle sollte die Stadt mit einem eigenen «Corona-Solidaritätsfonds» eingreifen. Sie täte dies aus einer übergeordneten Sicht als solidarisches Gemeinwesen nach dem Motto «No one left behind». Auch wenn damit nicht alle Probleme gelöst werden können – dazu fehlen der Stadt schlicht die Mittel – ist dies ein starkes Zeichen, das weit über den Kreis derjenigen wirkt, die einen direkten Nutzen davon haben können. Es stösst auch in gewerblichen Kreisen auf positives Echo und wird von der Öffentlichkeit gefordert.

Wir fordern den Gemeinderat auf, einen Corona-Solidaritätsfonds analog der Stadt Thun einzurichten und dem Stadtrat ein Organisationsreglement sowie einen Verpflichtungskredit von maximal 7,5 Millionen Franken vorzulegen u.a. mit folgenden Eckwerten:

- Zielgruppe sind Selbstständige und Mikrounternehmen mit max. neun Mitarbeitenden mit Wohn- und/oder Firmensitz in der Stadt Bern.
- Die Beiträge betragen einmalig 5000 bis 25 000 Franken.
- Das Gesuch muss mit corona-bedingten Ausfällen verbunden sein und entsprechend begründet und belegt werden.
- Pro Firma wird nur ein Gesuch bewilligt.

- Es werden keine Lebenshaltungskosten finanziert.
- Es besteht kein Rechtsanspruch.
- Der Solidaritätsfonds soll auch mit Drittmittel geüfnet werden können.

Begründung der Dringlichkeit

Das Mikrogewerbe besitzt oftmals nicht grosse Rücklagen. Um das lokale Kleingewerbe zu schützen, braucht es schnelle Massnahmen, damit gezielt und unbürokratisch dem Kleingewerbe aus dieser corona-bedingten Lage geholfen werden kann. Es geht hier um die Vermeidung von Konkursen, von Arbeitslosigkeit und um den Erhalt des lokalen Kleingewerbes.

Bern, 14. Mai 2020

Erstunterzeichnende: Johannes Wartenweiler, Katharina Altas

Mitunterzeichnende: Mohamed Abdirahim, Timur Akçasayar, Elisabeth Arnold, Yasemin Cevik, Ueli Fuchs, Bernadette Häfliger, Nadja Kehrl-Feldmann, Ingrid Kissling-Näf, Fuat Köçer, Marieke Kruit, Peter Marbet, Szabolcs Mihalyi, Esther Muntwyler, Edith Siegenthaler, Bettina Stüssi, Michael Sutter, Ayse Turgul